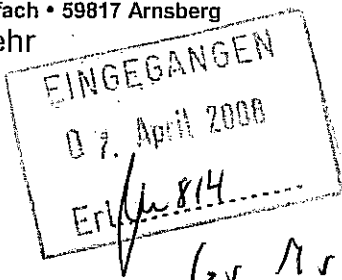




## Bezirksregierung Arnsberg

Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 59817 Arnsberg  
 Zweckverband Nahverkehr  
 Westfalen-Lippe (NWL)  
 Friedrich-Ebert-Str. 19  
 59425 Unna



Dienstgebäude  
 Seibertzstr. 1  
 Auskunft erteilt  
 Frau Jungesblut  
 Telefon  
 02931/82-2661  
 Telefax  
 02931/82-45006  
 E-Mail  
 julia.jungesblut@bra.nrw.de  
 Mein Zeichen (bitte stets angeben)  
 25.15-1.1  
 Datum  
 . April 2008

### Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Förderung nach § 12 ÖPNVG NRW - Pauschalierte Investitionsförderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Land gewährt den Zweckverbänden nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NRW pauschalierte Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen des ÖPNV in einer Gesamthöhe von jährlich mindestens 150 Millionen EUR gemäß § 12 ÖPNVG NRW. Auf Ihren Anteil sind die am 01.01.2008 bestehenden Verpflichtungen nach Maßgabe des § 12 Abs. 4 ÖPNVG NRW anzurechnen.

Die Zuwendung errechnet sich für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 somit wie folgt:

Gesamtförderung nach Nr. 4.3.1 VV zu § 12 ÖPNVG NRW:	150.000.000 EUR
Ihr Anteil an Gesamtförderung: 11,205 v. H.=	16.807.500 EUR
Anrechnungsbetrag nach Nr. 4.3.2 VV zu § 12 ÖPNVG NRW	43.713.600 EUR
Anrechnungsbetrag nach Nr. 4.3.3 VV zu § 12 ÖPNVG NRW	<u>0 EUR</u>
Differenz zwischen Anteil an Gesamtförderung und Anrechnungsbeträgen	- 26.906.100 EUR

Somit ist keine Zuwendung zu gewähren.

Ihre Verpflichtungen, die Ihren Anteil an der Gesamtförderung übersteigen, werden hinsichtlich des übersteigenden Betrages nicht auf die Förderung der Folgejahre angerechnet.

Übersteigen die im Jahr 2008 tatsächlich geleisteten Ausgaben des Landes den zuvor genannten Anrechnungsbetrag nach Nr. 4.3.2 VV zu § 12 ÖPNVG NRW, wird die Anrechnung des übersteigenden Betrages auf die Förderung des Jahres 2009 erfolgen. Unterschreiten die tatsächlichen Ausgaben den angerechneten Betrag, wird im Jahr 2009 der Anrechnungsbetrag nach Nr. 4.3.2 VV zu § 12 ÖPNVG NRW entsprechend vermindert.

Sollten sich die Grundlagen für die Berechnung der Zuwendung ändern, werden Sie einen neuen Bescheid erhalten.

**Rechtsmittelbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erheben. Die Klage ist zu richten gegen die Bezirksregierung Arnsberg. Sie ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3, 45879 Gelsenkirchen einzulegen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
(Felder)